

Frage 1, 2 und 3

Gleichstellung gehört für die SPD zu den Grundwerten der Europäischen Union und ist ein Grundpfeiler der europäischen Identität. Heute formieren sich in vielen Mitgliedsstaaten wieder konservative und rechtspopulistische Kräfte, die sich gegen eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik stellen. Wir wollen dafür sorgen, dass es mit der Gleichstellungspolitik vorwärts geht und nicht zurück in die Vergangenheit. Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung sowie der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, die überall in Europa gewährleistet werden müssen. Nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der politischen und gesellschaftlichen Praxis. Niemand darf uns vorschreiben, wie wir uns zu verhalten oder auszusehen haben oder mit wem wir in Partnerschaft leben dürfen.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen wir eine ehrgeizige EU-Gesetzgebungsagenda, welche gleiche Rechte und Chancen garantiert und LGBTIQ-Rechte in allen Bereichen schützt. Damit soll auch ein europäisches Gegengewicht gegen „Anti-Propaganda“-Gesetze einzelner Mitgliedsstaaten gesetzt werden. Es ist unser Ziel, Strafverfolgungsbehörden überall in Europa zu sensibilisieren, um ein konsequenteres Vorgehen gegen Gewalt auf Grund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität gewährleisten zu können. Darüber hinaus muss bei Asylverfahren in allen Mitgliedsstaaten gelten: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, weil sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in ihrer Heimat verfolgt werden, müssen grundsätzlich als Asylbewerberinnen und Asylbewerber anerkannt werden. Die SPD verurteilt außerdem sogenannte Reparativ- oder Konversionstherapien von LSBTIQ-Menschen und wir setzen uns ohne Wenn und Aber dafür ein, dass damit Schluss sein muss. Wir stehen für die vollständige Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und Ehen in ganz Europa und wir werden uns für dieses Ziel sowohl im Parlament, als auch in allen anderen europäischen Institutionen einsetzen.

Frage 4

Der Antrag der FDP liegt noch nicht vor, womit jedoch schon der Kern des Problems umschrieben ist. Obgleich eine Ergänzung des Artikels 3 unseres Grundgesetzes um den Schutz sexueller Identitäten richtig und wichtig ist, halte ich es für kontraproduktiv, parteipolitisch zu manövrieren. Ein Antrag, der schon im Ansatz zum Scheitern verurteilt ist, mag zwar kurzfristig Punkte oder Landgewinn bringen. Doch queeren Menschen hilft das nicht. Eher besteht die Gefahr, dass das im Kern gute Ansinnen einen frühen politischen Tod stirbt. Und genau das will ich nicht! Um in der Queerpolitik Fortschritte zu erzielen, bedarf es eines breiten Konsens - über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg - und keiner Selbstdarstellung. Das wissen die Liberalen auch! Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass die Kolleginnen und Kollegen der FDP auf Zusammenarbeit gesetzt hätten, um für das berechtigte Anliegen die erforderliche Mehrheit im Bundestag zu gewinnen. Denn das ist auch unser Ansatz bei solch wichtigen Themen: Keine Eigenbrötlereien, die im Parlament regelmäßig zum Scheitern verurteilt sind. Sowas hat die queere Community nicht verdient!